

Wirtschaftsstandort Basel

Autor(en): Hans Schächli
Quelle: Basler Stadtbuch
Jahr: 1995

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/stadtbuch/d0000463-4057-43e0-a27f-fc69b02c8cf7>

Nutzungsbedingungen

Die Online-Plattform www.baslerstadtbuch.ch ist ein Angebot der Christoph Merian Stiftung. Die auf dieser Plattform veröffentlichten Dokumente stehen für nichtkommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung gratis zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrücke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des vorherigen schriftlichen Einverständnisses der Christoph Merian Stiftung.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Online-Plattform [baslerstadtbuch.ch](http://www.baslerstadtbuch.ch) ist ein Service public der Christoph Merian Stiftung.

<http://www.cms-basel.ch>

<https://www.baslerstadtbuch.ch>

Perspektiven für den Wirtschaftsstandort Basel

Ich möchte zu Beginn die Ausgangslage skizzieren und anschliessend unsere Vorschläge zur wirtschaftlichen Entwicklung der Region darlegen.

Die Aktuelle Ausgangslage

Wichtigster Faktor in der Wirtschaftsstruktur unserer Region ist bekanntlich die Chemiebranche. Viele gewerbliche Zweige sind direkt oder indirekt von ihr abhängig. In den letzten Jahren indessen haben die in Basel ansässigen Chemiekonzerne ihre multinationale Ausrichtung deutlich akzentuiert. Produktionskapazitäten, aber auch Forschungseinrichtungen wurden und werden in die Nähe der Wachstumsmärkte auf den amerikanischen Kontinent und nach Asien verlagert. Dieser massive Abbau von Kapazitäten und Arbeitsplätzen in der Chemie wird durch die Neuansiedlung von Firmen jedoch nicht kompensiert. All dies schafft Probleme für die Bevölkerung, die mit einer schrumpfenden Zahl von Arbeitsplätzen und Erwerbsmöglichkeiten konfrontiert ist, aber auch für viele kleinere und mittlere Firmen.

Was aber ist die Ursache dieser Entwicklung? Wir alle kennen die offiziellen Verlautbarungen der Firmen, die uns glauben machen wollen, die Rahmenbedingungen am Standort und die Bevölkerung seien an allem schuld: Die Löhne seien zu hoch, die Bewilligungsverfahren zu schwerfällig, die Umweltauflagen zu rigide. Der eigentliche Grund für die Wahl ausländischer Standorte liegt jedoch in den weltwirtschaftlichen Strukturveränderungen. Darin stimmen wir mit dem Bericht des Regierungsrates zum «Wirtschaftsstandort Basel» vom 16. November 1994 überein. Die Standortwahl ist Teil der globalen Strategien der Konzerne,

die sich auf dem Weltmarkt immer neu positionieren müssen, um ihre Vorherrschaft zu behaupten. Sie reagieren damit auf die Weltmarktkonkurrenz, an deren Verschärfung sie selber massgeblich beteiligt sind.

Der grösste Fehler, den wir begehen könnten, bestände darin, dass wir die Schuldzuweisung einiger Firmen an den Standort und an seine Bevölkerung zum Nennwert nehmen; dass wir uns folglich in einen Konkurrenzkampf mit unseren Nachbarregionen um die blosser Gunst der Firmenniederlassung einspannen lassen. Das hiesse dann beispielsweise, dass wir die Auflagen generell lockern und eine allgemeine Senkung des Lohnniveaus, wie sie von Firmenverantwortlichen gefordert wird, hinnehmen würden. Dies aber wäre in jeder Hinsicht falsch. Unser Grundsatz lautet vielmehr: «Qualitätssteigerung statt reine Kostensenkung!» Das heisst: Firmen, die hier ansässig sind oder werden, sollen von guten Rahmenbedingungen profitieren, aber sie sollen auch ihren Teil beitragen zur Sicherung der Arbeits-, Lebens- und Umweltqualität.

Wir haben unsere Position und unsere Vorschläge in der Studie «Industriepolitik für die Chemische Industrie» vom September 1994 ausführlich dargelegt. Mit dem massiven Arbeitsplatzabbau in den letzten Jahren ist auch die wirtschaftliche Monokultur – das heisst die Chemielastigkeit der Wirtschaft in unserer Region – in den Vordergrund gerückt. Daraus folgern wir, dass die Wirtschaftspolitik darauf ausgerichtet sein muss, diese Chemielastigkeit zu verringern und die Diversifizierung der Dienstleistungsaktivitäten zu fördern. Als Beispiele nenne ich Aktivitäten im Bereich Verkehrssysteme, Umwelttechnik, Recyclingver-



fahren usw. Sie sind, sofern sie sozial- und umweltverträglich sind und Arbeitsplätze schaffen, zu unterstützen. Auch muss in diesem Zusammenhang betont werden, dass die bisher dominierenden Chemiefirmen wie alle anderen Unternehmen eine Verantwortung für die in der Region entstandenen wirtschaftlichen Kapazitäten und Arbeitsmärkte haben. Sie sollen daher bei der Diversifizierungspolitik konstruktiv mitarbeiten.

Lösungsvorschläge für die wirtschaftliche Entwicklung in der Region

Der wirtschafts- und strukturpolitische Handlungsbedarf sei in vier Punkten zusammengefasst: Erstens brauchen wir eine tripartite Kommission, die breit verankert ist, um den gesellschaftlichen Konsens über die künftige Entwicklung der Region zu sichern. Zweitens brauchen wir in unserer Region klare wirt-

schaftliche Entscheidungsgrundlagen und fordern von den Konzernen eine offene Informationspolitik. Drittens müssen die heute noch bestehenden Grenzen und Hindernisse zwischen den Kantonen, aber auch im Dreiländereck, abgebaut werden; die Zusammenarbeit in der Region muss intensiviert werden. Und viertens müssen Forschung, Universität, künftige Fachhochschulen und andere Ausbildungseinrichtungen eine aktive Rolle übernehmen.

«Tripartite Kommission»: Für unsere Region und für die Zusammenarbeit mit Baden-Württemberg und dem Elsass benötigen wir ein Organ für die wirtschaftspolitische Koordination und Willensbildung. Auch der Regierungsrat stellt in seinem Bericht über den «Wirtschaftsstandort Basel» fest, dass ein solches Gremium fehlt. Die tripartite Kommission muss offener zusammengesetzt sein als bereits

bestehende Gremien, und sie muss die gesamte Region einbeziehen. In ihr sollen die politischen Instanzen und Behörden, die Gewerkschaften und die Arbeitgeberseite sowie zum Beispiel die Wissenschaft oder die Umweltverbände vertreten sein. Gute Erfahrungen mit solchen tripartiten Kommissionen hat man in der Region Genf gemacht. In die Kompetenz der Kommission fallen folgende Aufgaben: Sie prüft die Rahmenbedingungen und Entwicklungspotentiale in der Region: Wie wirken Gesetze und Vollzugspraxis? Ist die Qualität der Infrastrukturen, der Ausbildungs- und Forschungseinrichtungen ausreichend? Wo liegen die qualitativen Entwicklungspotentiale für neue wirtschaftliche Aktivitäten? Zweitens sind qualitative Zielsetzungen für die Regionalpolitik zu erarbeiten. Drittens sind strategische Schwerpunkte und Instrumente für eine regionale Wirtschafts- und Strukturpolitik zu erarbeiten. Und schliesslich sind auch Finanzierungsmöglichkeiten zu diskutieren, wie etwa Überbrückungsbeiträge für Beschäftigungs- und Umschulungsprogramme oder Starthilfen an Firmen, die diversifizieren und Arbeitsplätze schaffen wollen.

«Offene Informationspolitik und Risikodialog»: Viele Firmen geben Entscheidungen von grosser Tragweite – zum Beispiel das Abstossen von Geschäftsbereichen – erst dann bekannt, wenn alle Weichen gestellt sind; das wirtschaftliche Risiko hat die Bevölkerung zu tragen. Diese Praxis ist nicht vertrauenerweckend. Ähnlich verhält es sich mit den Risiken und Belastungen, die als Folge der verfahrenstechnischen Forschung und Entwicklung für die Arbeitenden, für die KonsumentInnen und die Umwelt ständig neu entstehen. Wir erwarten erstens von den Firmen, dass sie offen und frühzeitig informieren. Ziel ist, die Transparenz zu verbessern und eine öffentliche Diskussion über akzeptable und nicht mehr akzeptable Risiken in Gang zu bringen. Von Regierung, Behörden und auch von den Firmen erwarten wir zweitens jede erdenkliche Anstrengung zur Erforschung, Kontrolle und Minderung aller Arten von Risiken. Drittens fordern wir für den Bereich der Gen- und Biotechnologie Sicherheitsregelungen, handhabbare Bewilligungsverfahren und endlich verbindliche gesetzliche

Grundlagen. Die Industrie soll dadurch stabile rechtliche Rahmenbedingungen erhalten. Wo ein gesellschaftlicher Bedarf besteht, und wo die Risiken akzeptierbar sind, kann gentechnische Produktion durchaus sinnvoll sein (Beispiel: Medikamente wie Heparin). Erforderlich sind aber in jedem Falle klare Regelungen, nicht Freibriefe für beliebige Eingriffe in Lebewesen und in ökologische Systeme. Es wäre sicher nützlich für die Akzeptanz gegenüber diesen Technologien, wenn die Chemiefirmen verbindlich erklären würden, was sie auf dem Gebiet der Gentechnologie auf keinen Fall machen werden, zum Beispiel Eingriffe in die Keimbahn – in Forschung und Produktion. In allen diesen Fragen sind wir entschieden für die Wahrung der demokratischen Mitsprachemöglichkeiten; gleichzeitig befürworten wir aber auch die Beseitigung bürokratischer Hindernisse und eine Verbesserung der Rechts- und Entscheidungssicherheit.

«Abbau der Grenzen im Dreiländereck, engere Zusammenarbeit»: Für die Standortqualität ist entscheidend, dass die heute noch bestehenden Grenzen und Hemmnisse abgebaut werden. Nach wie vor bestehen grosse Hindernisse bei der gegenseitigen Anerkennung von Berufslehrgängen und Diplomen, bei der grenzüberschreitenden Mobilität von Personen, die sich in Ausbildung befinden, im öffentlichen Verkehr, bei den technischen Normen sowie bei den Gesundheits- und Umweltvorschriften – ganz zu schweigen von den Grenzkontrollen und Ausländerbestimmungen, die die Freizügigkeit von Personen einschränken. Sogar zwischen unseren Kantonen bestehen beträchtliche Unterschiede in den Regelungen. Auch setzen die zuständigen politischen Gremien ihre Prioritäten im Bereich Wirtschaftspolitik, Soziales und Gesundheitsversorgung, Hochschulpolitik usw. nach wie vor im Alleingang fest. Auf Behördenseite bestehen Doppelspurigkeiten – weshalb zum Beispiel nicht die Kräfte der Umweltbehörden der beiden Kantone zu einem einzigen Amt zusammenfassen, wodurch gezielter vorgegangen und unnötiger Koordinationsaufwand eingespart werden kann?

«Aktivere Forschungs-, Technologie- und Bildungspolitik»: Ein wichtiges gewerkschaftliches Anliegen ist eine pluralistische For-

schungs- und Bildungspolitik, die die wirtschaftliche Diversifikation in unserer Region unterstützt und Mitsprachemöglichkeiten für Bevölkerung und ArbeitnehmerInnen bietet. Abbaumassnahmen im Forschungs- und Ausbildungsbereich kommen für den Standort Basel einer Bankrotterklärung gleich. Ganz im Gegenteil ist in diesem Bereich ein Ausbau nötig. Wir schlagen folgendes vor:

– Die staatlich finanzierte Forschung darf sich nicht nur an den Interessen der grossen Konzerne ausrichten; nötig ist ein Forschungspluralismus, abgestimmt mit landesweiten und internationalen Programmen.

– In den letzten Jahren sind in den verschiedenen Branchen saubere, umweltgerechte und handhabbare technische Systeme entwickelt worden, die aber noch viel zu selten eingesetzt werden (geschlossene Kreisläufe, Recyclingtechnik). Dies sind die Technologien der Zukunft für unsere Region, die es zu fördern gilt.

– Zu überprüfen ist die Gestaltung der Berufslehren und Fachausbildungen in der Region; sie sind bisher stark auf die Chemische Industrie ausgerichtet. Auch sind berufliche Laufbahnmöglichkeiten für Frauen und weniger gut Ausgebildete zu schaffen.

– Zu prüfen ist schliesslich die Qualität der

firmeninternen Aus- und Weiterbildung. Besondere Aufmerksamkeit verdient dabei der Aspekt der überbetrieblichen Anerkennung solcher Ausbildungsgänge.

In unserer Region lassen sich ganz gewiss noch grosse Entwicklungspotentiale finden. Zu den Potentialen zählen wir auch das soziale Klima, das Berufswissen, das Qualitätsbewusstsein oder den Unternehmungsgeist. Es sind sensible Werte, die sich nicht in Franken oder Marktanteilen beziffern lassen; umso schneller kann man sie aber mit unbedachten Massnahmen zerstören, beispielsweise mit Entlassungen und Lohnsenkungen, oder im öffentlichen Bereich mit diskriminierenden Lohnregelungen, oder mit Abbaumassnahmen im Sozialen, in Bildung und Kultur. Auch dafür gibt es leider in unserem Kanton genügend Beispiele.

Ich habe durchaus realistische Hoffnungen für den Wirtschaftsstandort Basel. Der gegenwärtige Umbruch ist auch eine Chance für neue, sozial- und umweltverträgliche Entwicklungen unserer Wirtschaft. Bedingung ist aber, dass wir uns nicht blind den scheinbaren ökonomischen Sachzwängen unterordnen, sondern alle unseren Handlungsspielraum wahrnehmen. Ich hoffe auch, dass Regierung und Parlament diesen Spielraum ausnützen, und dass der heute begonnene Dialog weitergehen wird.